



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 3. Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum: Montag, 18.01.2021
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 10:35 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Stresemannplatz 11, Sitzungssaal

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Dießl, Matthias

Ausschussmitglieder

Kreisrat Biegel, Friedrich

Kreisrat Bischoff, Michael

Kreisrat Habel, Jürgen, 1. Bürgermeister

Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister

Kreisrätin Huber, Birgit, 1. Bürgermeisterin

Kreisrat Kistner, Marco, 1. Bürgermeister

Kreisrat Löbel, Christian

Kreisrätin Löschner, Isabell, Dr.

Kreisrat Obst, Bernd, 1. Bürgermeister

Kreisrat Pleyer, Claus-Georg

Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister

Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister

Vertretung für Frau Adelheid Seifert

Schriftführer/in

Verwaltungsangestellte Greger, Yvonne

Verwaltung

Arneth, Holger Kämmerei

Ell, Christian Verwaltungsfachwirt

Engl, Christina Regionalmanagement

Knoll, Benjamin Verwaltungsamtmann

Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat

Schels, Karsten Verwaltungsfachwirt

Schuhmann, Johann

Vogel, Moritz Auszubildender

Walter, Karin Oberregierungsrätin

Presse

Redakteur Fürther Nachrichten Ehm, Harald

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrätin Seifert, Adelheid

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-------|--|-----------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 3 | Haushaltsberatungen | |
| 3.1 | Beratung über den Landkreishaushalt 2021 | 001/2021 |
| 3.2 | Anträge zum Haushalt 2021 | |
| 3.2.1 | Antrag B´90/Die Grünen; Budget für die Steuerungsgruppe vom 27.10.2020 | 005/2021 |
| 3.2.2 | B´90/Die Grünen; Konzeptvorschlag "Green StartUp Gründerwettbewerb" vom 08.01.2021 | 006/2021 |
| 3.2.3 | Antrag SPD-Fraktion; Erweiterung der Ausstattung der Landkreisschulen mit Luftreinigungsgeräten vom 12.01.2021 | 012/2021 |
| 3.2.4 | Antrag Die Linke ÖDP; Zuwendung an die Allianz gegen Rechtsextrémismus vom 13.01.2021 | 015/2021 |
| 3.2.5 | Antrag Die Linke ÖDP; Offener Haushalt vom 13.01.2021 | 016/2021 |
| 3.2.6 | Antrag Die Linke ÖDP; Kostenlose FFP2-Masken für Sozialleistungsbeziehende vom 14.01.2021 | 017/2021 |
| 3.2.7 | Anträge AfD; Anträge zum Haushalt und Stellenplan vom 18.01.2021 | |
| 3.3 | Stellenplan 2021 | 003/2021 |
| 3.4 | Beschlussempfehlung über den Landkreishaushalt 2021 | 004/2021 |
| 4 | Anfragen | |

Landrat Matthias Dießl eröffnet um 08:30 Uhr die 3. Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	---

Gegen die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2020 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
--------------	---------------------

08:33 Uhr Kreisrat Michael Bischoff kommt zur Sitzung

Der **Vorsitzende** informiert, dass vier Anträge der Fraktion B´90/Die Grünen zum Haushalt eingegangen sind. Er erläutert die Auffassung der Verwaltung und die weitere Verfahrensweise zu den Anträgen. Bei allen vier Anträgen handle es sich nicht um Haushaltsanträge. **Antrag 4** beantrage eine Sache, die es bereits gebe. Die kostenlose Mitnahme von Falt-/Klappprätern sei in den Beförderungsbedingungen des VGN umgesetzt. Daher sollte der Antragsteller mitteilen, ob er den Antrag aufrechterhalte. Die anderen drei Anträge seien gemäß § 17 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Kreistages von ihm in den zuständigen Umwelt- und Verkehrsausschuss verwiesen worden.

08:38 Uhr Kreisrätin Birgit Huber kommt zur Sitzung

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/Die Grünen) zeigt sich verwundert, dass man die Anträge zu den Haushaltszielen außerhalb der Haushaltsberatungen behandeln wolle. Die Doppik habe als eine ihrer Errungenschaften eine Konzentration auf die Zielsetzung gelegt, die sich der Kreistag gebe und weniger auf die Zahlen. Nachdem seine Fraktion nicht davon ausgehen könne, dass sich die Verwaltung die Ziele setze und die Zielsetzung originäre Aufgabe der Politik und des Kreistages sei, wären diese Anträge im Haushalt zu beraten. Deswegen habe seine Fraktion insbesondere den Antrag 1 zur **Zielsetzung 2030 für den Bereich ÖPNV und Radverkehr im Modal Split** sowie den Antrag 2 zur **Neuausrichtung des Klimaschutzkonzepts des Landkreises bis 2030 bzw. Vorgabe des 60% CO2-Reduktionszieles** gestellt.

Den Antrag 3 **Photovoltaik-Anlagen auf den LRA-Gebäuden in Zirndorf** sehe seine Fraktion als Prüfauftrag der Kreisverwaltung, den man auch in einem anderen Rahmen beraten könne. Der Antrag 4 **Mitnahme von Falt- und Klappprätern im VGN** werde zurückgenommen.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass es zu den angesprochenen Zielkennziffern bereits politische Festsetzungen dieses Gremiums gebe.

Zu Antrag 1 **Zielsetzung 2030 für den Bereich ÖPNV und Radverkehr im Modal Split** habe sich der Kreistag im Rahmen des Nahverkehrsplans befasst, der die Ziele für den ÖPNV im Landkreis definiere. Das Gremium habe sich bei der Beschlussfassung einstimmig darauf geeinigt, eine explizite Zielvorgabe hinsichtlich der Modalsplit-Festsetzung nicht aufzunehmen, sondern einen guten ÖPNV als Zielsetzung anzustreben.

Zu Antrag 2 **Neuausrichtung des Klimaschutzkonzepts des Landkreises bis 2030 bzw. Vorgabe des 60% CO₂-Reduktionszieles** verweist er auf das Klimaschutzkonzept, das der Kreistag beschlossen habe. Für die geforderte Neuausrichtung des Konzepts werde die Vorberatung im Fachausschuss benötigt.

Antrag 3 **Photovoltaik-Anlagen auf den LRA-Gebäuden in Zirndorf** sehe man als Prüfauftrag, mit dem die Landkreisverwaltung bereits befasst sei.

Er betont, der Kreisausschuss könne die Aufgaben der Fachausschüsse nicht zur direkten Beratung an sich ziehen. Hierfür brauche es eine inhaltliche Vorberatung. Daher seien die Anträge an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Von der formellen Rücknahme des Antrags 4 **Mitnahme von Falt- und Klappprätern im VGN** nehme man Kenntnis.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) hält die Verfahrensweise für sinnvoll, nicht alle Fachberatungen auf eine Haushaltssitzung zu konzentrieren. Trotzdem müsse es grundsätzlich möglich sein, alle Teile des Haushalts in der Haushaltssitzung des Kreistags zu beraten und zu beschließen.

Der **Vorsitzende** wiederholt, der Kreistag habe sich eine Geschäftsordnung gegeben, in der die fachlichen Zuständigkeiten geregelt seien. Der Kreistag könne die Aufgaben der Fachausschüsse nicht zur direkten Beratung an sich ziehen. Es brauche eine inhaltliche Vorberatung. Zu den angesprochenen Zielsetzungen gebe es bereits Beschlüsse. Diese seien inhaltlich in den Fachausschüssen erarbeitet und auf Grundlage der dortigen Vorberatung durch den Kreistag genehmigt worden. Man könne in der Haushaltssitzung nicht die erarbeiteten Ziele auf den Kopf stellen.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) führt aus, die CSU-Fraktion schließe sich dem Vorgehen der Verwaltung an. Es sei sinnvoll, die Angelegenheiten in den Fachausschüssen zu beraten. Es sei nicht damit getan, an einer Stellschraube zu drehen, sondern es müssten Teilbereiche komplett neu aufgestellt werden. Dies sei im Rahmen einer Sitzung nicht zu leisten, weder von der Verwaltung, noch von den Mitgliedern des Kreistages. Generaldebatten sei auf anderen Ebenen angezeigt. Man habe einen bewährten und guten Geschäftsgang.

Zum Stichwort Generaldebatte vermittelt **Kreisrat Michael Bischoff** (SPD), dass die Diskussion sicher den neuen Mitgliedern im Kreistag geschuldet sei. Er verweist in seinen Ausführungen auf den gegliederten Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem Verständnis der SPD-Fraktion enthalte der Haushalt, was in den vorherigen Monaten in den Fachausschüssen und im Kreistag erarbeitet worden sei. Insofern sei der Haushalt nur das Zahlen gewordene Ergebnis der Gremienarbeit seit der letzten Haushaltsberatung. Es sei nicht eine davon losgelöste Debatte um allgemeine Ziele. Dies würde die Mitwirkung der anderen Fraktionen sehr schwierig machen und den bisherigen Prozess völlig auf den Kopf stellen.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) erklärt, man sei nicht abgeneigt, größere Diskussionen zu führen, für die aber auch mehr Zeit benötigt werde. Die Anträge seien entschieden zu kurzfristig eingegangen. Jetzt müsse man sich auf den Haushalt konzentrieren. Er bittet um Verständnis, dass der Geschäftsgang so praktiziert werde. Die Geschäftsordnung habe sich der Kreistag selbst geben.

Kreisrat Friedrich Biegel (FW) stellt fest, dass unter dem Punkt Mitteilungen keine inhaltliche Diskussion üblich sei. Er verweist auf die Geschäftsordnung und die Vorberatung in den Fachausschüssen.

Der **Vorsitzende** beschreibt die aktuelle Situation. Grundsätzlich sei festzustellen, dass der Landkreis geringere Einnahmen auf der einen und höheren Ausgaben auf der anderen Seite habe. Trotzdem sei es mit der Vorlage des Kreishaushalts gelungen, Stabilität für den Landkreis aber auch für die Gemeinden zu bekommen. Der Hebesatz der Kreisumlage bleibe stabil. Mit Blick auf die Investitionen und Projekte des Landkreises erklärt der Vorsitzende, schaffe es der Landkreis, alle Ziele die er sich vorgenommen habe, weiter zu verfolgen. Nirgends müsse man einen schweren Stopp einlegen, auch nicht bei der Schulentwicklung, eine der ganz großen Aufgaben in den nächsten Jahren.

Kreiskämmerer Martin Kohler erläutert die Auswirkungen der Umlagekraft 2021. Der Kreisumlage-Hebesatz werde bei 40,75 Prozent stabil gehalten. Im Etatentwurf habe man eine Deckungslücke von 2,5 Millionen Euro gehabt. Um diese Lücke zu schließen, habe der Landkreis Einsparungen vorgenommen. So wurde die Sanierung der Zennbrücke um ein Jahr geschoben. Unterhaltsmaßnahmen, die in früheren Haushalten angesetzt und über die Kreisumlage finanziert waren, ziehe man nun für den Haushalt 2021 heran, um keine neuen Ansätze veranschlagen zu müssen. Der Landkreis werde zur geplanten Erweiterung des Landratsamtes kein Eigenkapital in Form von Überschüssen im Ergebnishaushalt einplanen. Außerdem habe man alle von den Fachbereichen angemeldeten Beschaffungen unter 800 Euro pauschal um 30 Prozent gekürzt.

Bezüglich der Eigenkapital-Anteile in den nächsten Jahren ergänzt der **Vorsitzende**, dass der Landkreis für die Investitionsmaßnahme keinerlei Förderung bekomme. Für eine finanziell gesunde Aufstellung der Finanzen müsse man in den Folgejahren abwägen, ob die Eigenkapital-Anteile dauerhaft wegfallen sollen und der Landkreis die Baumaßnahme 100 Prozent Fremdkapital basiert umsetzen werde.

Weiterhin beschreibt **Martin Kohler** die größten positiven und negativen Faktoren für den Kreishaushalt und die Aufwandserhöhungen. Neben dem Anstieg des Defizits im ÖPNV-Bereich und im Jugendamt steigen auch die Personalaufwendungen sowie die Beschaffungen unter 800 Euro an. Er betont, dass der Haushalt sehr knapp aufgestellt sei. Der Überschuss im Ergebnishaushalt betrage gerade einmal 5.533 Euro. Der aktuelle Schuldenstand im Landkreis konnte seit 2012 kontinuierlich abgebaut werden und liege zum Ende des Jahres bei 14,61 Euro pro Einwohner.

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) möchte zur Verschuldung wissen, mit welcher dauerhaften finanziellen Belastung die Verwaltung im Ergebnishaushalt pro Million Kreditaufnahme rechne.

Der **Vorsitzende** antwortet, die Tilgung sei für den Ergebnishaushalt nicht relevant, hier finden sich nur die Zinsaufwendungen für laufende und neue Darlehen sowie die jährlichen Abschreibungen. Aus diesen seien die Tilgungen zu erbringen. Die Tilgungen selbst finden sich im Finanzhaushalt. Die aktuellen Zinssätze für Neuauftnahmen seien zurzeit sehr niedrig.

Martin Kohler ergänzt, dass der Zinsaufwand für die Darlehensaufnahme im Jahr 2021 insgesamt 39.000 Euro betrage und die Tilgung bei 716.000 Euro liege.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Claus-Georg Pleyer** (AfD) zu den Rücklagen erklärt **Martin Kohler**, dass die Ergebnissrücklage eine rechnerische Position der Bilanz sei. Der Ergebnissrücklage werden die Überschüsse aus der Ergebnisrechnung zugeführt, die für künftige Haushalte zur Verfügung stehe. Im Falle eines Fehlbetrags diene die Ergebnissrücklage zum Ausgleich. „Rücklagen“ habe man in Form der liquiden Mittel. Sie stehen auf der Aktivseite der Bilanz und seien gebunden für bereits finanzierte oder neue Maßnahmen, die im Haushalt veranschlagt sind, sowie für Rückstellungen, die Abfallgebührenrücklage und die Deponierücklage. Freie Rücklagen gebe es keine.

TOP 3.2	Anträge zum Haushalt 2021
TOP 3.2.1	Antrag B´90/Die Grünen; Budget für die Steuerungsgruppe vom 27.10.2020

Beschluss:

Nachdem die Koordinationsstelle bereits seit 2018 im Haushalt ein Budget in Höhe von 1.500,00 Euro hat, ist der Antrag vom 27.10.2020 erledigt.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 3.2.2	B´90/Die Grünen; Konzeptvorschlag "Green StartUp Gründerwettbewerb" vom 08.01.2021
------------------	---

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/Die Grünen) bedankt sich für den Vorschlag. Seine Fraktion sei mit der Vorgehensweise absolut einverstanden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Vorschlag für die Folgeförderung Regionalmanagement vorzumerken, im Rahmen der gemeinsamen Konzeptionierung zu bewerten und einen finalen Umsetzungsvorschlag vorzulegen.

Der Antrag der Fraktion B´90/Die Grünen vom 08.01.2021 ist damit erledigt.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 3.2.3	Antrag SPD-Fraktion; Erweiterung der Ausstattung der Landkreisschulen mit Luftreinigungsgeräten vom 12.01.2021
------------------	---

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion freue sich, dass die Idee so gut aufgenommen wurde und sehe den Antrag als voll umfänglich erfüllt an. Intention des Antrags sei gewesen, an der zweiten Antragsrunde zur Ausstattung der Schulklassen mit mobilen Luftreinigungsgeräten nicht vorbeizuschrammen, sollte sich dies als sinnvoll herausstellen.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) steht dem Förderprogramm kritisch gegenüber, denn bislang sei es nicht wirklich schlüssig. Wenn der Einsatz mobiler Luftreinigungsgeräte notwendig sei, könne der Freistaat nicht nur die Schnellsten fördern. Dann müsste jeder Anspruch auf eine Förderung haben. Auch aus seiner Sicht sollte nur dann eine Beschaffung erfolgen, wenn ein tatsächlicher Bedarf hierfür bestehe. Daher sollte die Verwaltung einen kritischen Blick auf die tatsächliche Bedarfssituation haben.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) schließt sich der Wortmeldung von Kreisrat Kistner an. Unterrichtsräume müssen gut lüftbar sein. Sofern das nicht möglich sei, sollte geprüft werden, das grundsätzlich durch Fenster oder andere Räumlichkeiten zu beheben. Seine Fraktion sehe es kritisch, unter allen Umständen Gelder auszugeben. Er plädiert dafür, die Kriterien zu prüfen, ob die Beschaffung von Luftreinigungsgeräten sinnvoll sei.

Außerdem verweist er auf den Nachholbedarf im Bereich Digitalisierung. Beispielsweise könne das Gymnasium Oberasbach den bereitstehenden Glasfaseranschluss noch nicht nutzen. Für die Bürgerinnen und Bürger sei es nicht nachvollziehbar, warum so viel Geld für alle möglichen Maßnahmen vorhanden sei und diese Investition so langsam vorangehe.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Veröffentlichung der Förderrichtlinie eine erneute Bedarfsabfrage zu mobilen Lüftungsanlagen an den Landkreisschulen durchzuführen und bei entsprechendem Bedarf fristgerecht den Zuwendungsantrag zu stellen.
2. Der Kreisausschuss soll in einer der nächsten Sitzungen über das Ergebnis der Bedarfsabfrage und die weitere Vorgehensweise unterrichtet werden.
3. Für eine mögliche Ausstattung der Landkreisschulen mit mobilen Lüftungsanlagen sind entsprechende Vorbehaltsansätze von 100.000 Euro und 49.000 Euro in den Haushalt 2021 aufzunehmen.
4. Der Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.21 wird damit als erledigt betrachtet.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 3.2.4 Antrag Die Linke ÖDP; Zuwendung an die Allianz gegen Rechtsextremismus vom 13.01.2021
--

In der Begründung zum Antrag führt **Kreisrat Christian Löbel** (Die Linke/ÖDP) aus, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen größer werden und eine Allianz gegen Rechtsextremismus wichtiger denn je sei. Die Allianz brauche die Solidarität der Mitglieder. Er weist darauf hin, dass es keinen Mitgliedsbeitrag in der Allianz gebe, sowohl aber den Appell, nach Möglichkeit einen freiwilligen Beitrag zu leisten. Er würde sich freuen, wenn sich der Landkreis der Solidarität dieser herausragenden Organisation nicht verweigere, sondern das Mögliche dazu tue, dass die Allianz gegen Rechtsextremismus auf einem soliden Fundament stehe und nicht stets auf Drittmittel angewiesen sei.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) erklärt, es gehe seiner Fraktion nicht um eine inhaltliche Bewertung der Arbeit der Allianz. Der Kreistag habe den Grundsatzbeschluss gefasst, keine freiwilligen Leistungen zu gewähren. Diese Zuwendung sei eine freiwillige Leistung. Es hindere niemand die Allianz gegen Rechtsextremismus daran, Mitgliedsbeiträge einzuführen. Auch glaube er nicht, dass eine Kommune wegen eines Mitgliedsbeitrags austreten würde. Er verweist auf die Unwucht im Verhältnis der Finanzierung, sollte der Landkreis eine jährliche Zuwendung gewähren. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) sieht in den Wortmeldungen von Landrat Dießl und Kreisrat Kistner die Möglichkeit eines Konsenses. Er könne sich vorstellen, dass das Gremium den Antrag heute nicht ablehnt, sondern mit Zustimmung des Antragstellers zurückstellt. Gleichzeitig könne man den Landrat beauftragen, bei der Allianz einen Sockelmitgliedsbeitrag anzuregen. Dieser Beitrag sei keine freiwillige Leistung. Er sehe es als wichtiges Zeichen des Landkreises, die Allianz gegen Rechtsextremismus leistungsfähig machen zu wollen.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) empfiehlt in diesem Zusammenhang sowohl eine Veranstaltung der Allianz gegen Rechtsextremismus als auch die Veranstaltung der Coronamaßnahmen-Kritiker zu besuchen und sich aus erster Hand ein Bild über die Ansichten und das Verhalten dieser Gruppierungen zu machen, denn Demokratie überzeuge durch Dialog.

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/Die Grünen) stimmt dem Vorschlag von Kreisrat Bischoff zu. Damit signalisiere man Unterstützung und mache deutlich, dass dem Gremium das Thema wichtig sei. Er betont, man müsse bei dieser Thematik zusammenhalten und sich nicht auseinanderdividieren lassen, weil dies eine Bekenntnissache sei.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass der Landkreis durch die Mitgliedschaft seine Unterstützung und das Bekenntnis zur Allianz gegen Rechtsextremismus zum Ausdruck bringe. Es gehe nicht um die inhaltliche Frage, sondern um die freiwillige Leistung des Landkreises. Die Festsetzung eines Mitgliedsbeitrags anzuregen, wäre eine Möglichkeit, eine dauerhafte fixe Finanzierung auf den Weg zu bringen.

Kreisrat Friedrich Biegel (FW) erklärt, er könne grundsätzlich mit dem Vorschlag von Kreisrat Bischoff leben. Ihm sei aber nicht bekannt, dass sich das Bündnis öffentlich geäußert habe, dass es Finanznot hätte und finanzielle Unterstützung brauche.

Kreisrat Marco Kistner berichtet, dass die Allianz gegenüber den Mitgliedskommunen den Bedarf an Finanzmitteln kommuniziert habe. Er formuliert einen möglichen **Änderungsantrag** für den **Beschlussvorschlag**: „Die Verwaltung wird ermächtigt, in der Mitgliederversammlung die Einführung von Mitgliedsbeiträgen anzuregen und zuzustimmen.“

Kreisrat Christian Löbel dankt Kreisrat Bischoff für den Vorschlag. Dies sei ein Weg, den seine Fraktion mitgehen könnte. Tatsächlich wünsche man sich vom Vorsitzenden ein proaktives Signal Richtung Allianz.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer sieht die gute Absicht, die von der Allianz nach außen getragen werde. Weiterhin berichtet er über die aus seiner Sicht eingeschränkte Meinungsfreiheit auf einer Veranstaltung der Allianz gegen Rechtsextremismus. Er appelliert, das Bündnis genau anzuschauen, bevor man Zuwendungen gewährt und kontraproduktiv arbeite. Nach seiner Kenntnis bekomme die Allianz schon sehr viel Geld aus Bundesmitteln.

Er nimmt außerdem zum Thema Coronamaßnahmen-Kritiker Stellung. Die meisten der Demonstranten, so Pleyer, seien Personen die unter den Maßnahmen leiden, beispielsweise aus dem Kulturleben oder auch Ärzte. Radikalisierungstendenzen, die es in dieser Bewegung auch gebe, sehe er problematisch.

Der **Vorsitzende** merkt hierzu an, das Geschehen am 03.01.2021 in Nürnberg in einer Pandemielage sei völlig inakzeptabel.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) formuliert eine kurze Replik: Man pflege kein Feindbild, sondern setze sich gegen ein Feindbild zu Wehr.

Der **Vorsitzende** formuliert die Ergänzung zum Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt, bei der Allianz gegen Rechtsextremismus die Einführung von Mitgliedsbeiträgen anzuregen und ist ermächtigt, dem in der Mitgliederversammlung grundsätzlich zuzustimmen.

Der ergänzte Beschlussvorschlag kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktionsgemeinschaft Die Linke / ÖDP vom 13.01.21 auf Aufnahme eines freiwilligen Zuschusses an die Allianz gegen Rechtsextremismus in den Haushalt 2021 wird abgelehnt, da es sich um eine freiwillige Leistung für den Landkreis handelt.

Der Landrat wird beauftragt, bei der Allianz gegen Rechtsextremismus die Einführung von Mitgliedsbeiträgen anzuregen und ist ermächtigt, dem in der Mitgliederversammlung grundsätzlich zuzustimmen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 12 Nein 1

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) äußert in seiner Begründung, dass man den Haushalt nicht intransparent finde. Im Gegenteil, er habe sich als neuer Kreisrat von der Kämmerei sehr gut begleitet und informiert gefühlt. Nichtsdestotrotz sei für die meisten Bürger/innen der Haushalt unübersichtlich und schwer zu verstehen. Für mehr Transparenz sollte der Haushalt in einer maschinenlesbaren Excel Datei veröffentlicht werden. Er verweist darauf, dass der Bezirk Mittelfranken das bereits umsetze. Dass sich die Bürger/innen ein klares Bild über die Finanzen machen können, sehe er als wichtigen Beitrag für die Debattenkultur.

Nachdem die Verwaltung den Aufwand für eine maschinenlesbare Veröffentlichung noch nicht einschätzen könne, wäre seine Fraktion mit einem zeitnahen Prüfauftrag und der Vertagung des Antrags einverstanden.

Zur weiteren Vorgehensweise erklärt der **Vorsitzende**, die Verwaltung würde heute beauftragt werden, die genannten Prüfaufträge durchzuführen. Im Vorfeld müsse der Umfang der maschinenlesbaren Veröffentlichungen definiert werden. Hierzu werde die Verwaltung auch mit dem Bezirk Mittelfranken in Kontakt treten. Sobald ausreichend Erkenntnisse vorliegen, werde man auf das Gremium zukommen.

Kreisrat Christian Löbel merkt an, damit das Kreisgremium über eine maschinenlesbare Veröffentlichung des Haushalts eine vernünftige Abwägung treffen könne, müsse die grundsätzliche Machbarkeit, unabhängig vom Finanzverwaltungsprogramm, geprüft werden.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass der Prüfauftrag nicht nur das Finanzprogramm umfasse, sondern wie sich grundsätzlich eine Veröffentlichung umsetzen lasse. Bis zum nächsten Kreistag würden die Ergebnisse aber noch nicht vorliegen.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) wünscht sich mehr Transparenz. Er möchte wissen, warum der Haushalt auf dem Bürgerinformationssystem nicht in der gleichen Ausführlichkeit abrufbar sei wie für die Mitglieder des Kreistages. Er plädiert dafür, möglichst alle öffentlichen Unterlagen auf der Landkreis-Website zu veröffentlichen. Somit wäre es der Öffentlichkeit möglich, die Daten selbst entsprechend aufzubereiten.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) stellt zum Haushalt fest, dass nichts verheimlicht werde. Problematisch sehe er den Aufwand. Bei der Aufbereitung sollte das Prinzip Minimaler Aufwand, maximaler Ertrag angewendet werden. Er weist darauf hin, dass es aktuell dringlichere Aufgaben gebe, für die das Landratsamt seine Ressourcen einsetzen sollte.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) bringt in die Diskussion ein, ob die Maschinenlesbarkeit von 8.000 Produktkonten tatsächlich ein Beitrag zum politischen Diskurs und zur Debattenkultur sei. Wie in der Vorlage ausgeführt, habe es trotz bestehender Auskunftsmöglichkeiten bislang kaum Nachfragen von Bürger/innen gegeben. Er gibt zu bedenken, dass ein Haushalt ein komplexes Gebilde sei. Er sehe eher eine Gefahr darin, dass man sich nicht mehr über Zielsetzungen oder Maßnahmen streitet, sondern über Zahlen. Informationsfreiheit und Transparenz sei wichtig, die leiste das Landratsamt gerade beim Kreishaushalt in hervorragender Art und Weise.

Der **weitere Stellvertretende Landrat Bernd Obst** (CSU) übernimmt die **Sitzungsleitung**.

Kreisrätin Birgit Huber (CSU) schließt an die beiden Vorredner an. Bei den Überlegungen müsse man ganz klar den Nutzen ins Kalkül ziehen. Wer würde tatsächlich auf Produktkontenebene recherchieren wollen. Sie habe den Eindruck, dass die Bürger/innen verdichtete Informationen benötigen.

Zum Thema Transparenz berichtet **Kreisrat Bernd Obst** als Kreisvorsitzender des Bay. Gemeindetags über ein sehr dezidiertes Haushaltsgespräch der Bürgermeister/in des Landkreises Fürth mit dem Kreiskämmerer, dem Landrat und einem Referenten der Geschäftsstelle aus München. Der Referent habe das Aufstellen des Haushalts als sehr transparent gelobt, was er nur aus wenigen Landkreisen kenne.

09:46 Uhr Kreisrat Michael Bischoff verlässt den Sitzungssaal

Kreisrat Obst erklärt, Transparenz sei eine Sache von Kultur. Im Landkreis lebe man diese Kultur der offenen Diskussion mit dem Landrat und der Verwaltung. Er halte nichts davon, eine neue Plattform aufzumachen und verweist auf Berichterstattungen zum Haushalt im Landkreismagazin und durch die Presse.

Der **Vorsitzende** übernimmt wieder die **Sitzungsleitung**. Über den Beschlussvorschlag wird getrennt abgestimmt.

Abstimmung über Punkt 1

Mehrheitlich abgelehnt Ja 4 Nein 8

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt die oben genannten Prüfaufträge durchzuführen.

Abstimmung über Punkt 2

09:49 Uhr Kreisrat Bischoff wieder anwesend

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 3

Beschluss:

2. Der Antrag der Fraktionsgemeinschaft Die Linke / ÖDP vom 13.01.2021 in der Form vom 14.01.2021 zum Thema „Offener Haushalt“ wird als erledigt betrachtet.

TOP 3.2.6 Antrag Die Linke ÖDP; Kostenlose FFP2-Masken für Sozialleistungsbezieher vom 14.01.2021

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) begründet den Antrag. Er appelliert, kostenlose FFP2-Masken für bedürftige Menschen nicht unter dem Aspekt freiwillige Leistungen zu sehen und an dieser Stelle keine staatstheoretischen Debatten zu führen, sondern dafür zu sorgen, dass die Teilhabe von armen Menschen an der Gesellschaft gewährleistet sei. Mit Blick auf die Erstausrüstung verweist er darauf, dass eine FFP2-Maske laut RKI nur bedingt wiederverwendbar sei. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** macht deutlich, dass viele Forderungen und Aufgaben unterstützenswert, aber nicht in der Aufgabenstellung des Landkreises enthalten seien. Er weist darauf hin, dass der Landkreis einen umlagefinanzierten Haushalt habe. Die Gemeinden selbst könnten im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten darüber entscheiden. Es bestehe jedoch keine Verpflichtung. Darüber hinaus leisten die Kommunen und das Landratsamt sehr viel bei der Bewältigung dieser Pandemie. Bei der Verteilung der 2,5 Mio. FFP-2 Masken an bedürftige Personen unterstütze die Kreisverwaltung den Freistaat, um die Masken so schnell wie möglich an die Bedürftigen zu bringen.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) sieht bei der Vergabe von FFP2-Masken den Freistaat und die Bundesregierung in der Pflicht, nachdem das Tragen einer FFP2-Maske eine Staatsvorgabe

sei. Er betont, dass eine gerechte Verteilung von kostenlosen Masken an Bedürftige schwierig sei. Der Landkreis sollte nicht einen Überbietungswettbewerb starten, sonst werde man kein Ende finden. Weder der Landkreis noch die Gemeinden werden „die Kohlen aus dem Feuer holen“ können.

Kreisrätin Dr. Isabell Löschner (B'90/Die Grünen) vertritt die Ansicht, jede Person, die sich nicht richtig schützen könne, sei eine Person zu viel. Es sei nicht der Moment, über Zuständigkeiten zu diskutieren. Der Landkreis profitiere davon, wenn die Fallzahlen langfristig nach unten gehen. Deswegen sei sie davon überzeugt, dass es richtig sei, auch den Personen den Schutz zu ermöglichen, die es sich nicht leisten können.

Der **Vorsitzende** erwidert, die Frage sei, „Wo fängt man an, und wo hört man auf“. Der Landkreis könne nicht alle Probleme aus der Welt schaffen. Es gebe die grundsätzliche Verpflichtung, die grundsätzliche Verfügbarkeit, eine Erstausrüstung und eine Wiederverwendbarkeit. Dies müsse man zur Kenntnis nehmen. Die Vorgabe sei letztendlich umsetzbar. Dabei werde niemand ausgeschlossen werden.

Kreisrätin Dr. Isabell Löschner fragt daraufhin, was mit den Menschen unter 60 Jahren sei. Diese Personengruppe müsse sich tendenziell mehr im öffentlichen Raum aufhalten.

Der **Vorsitzende** antwortet, es gebe ein Kontingent des Freistaats. Hierbei sei die Ausgabe einer Erstausrüstung von fünf kostenlosen FFP2-Masken an alle bedürftigen Personen vorgesehen.

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) sieht eine Ungerechtigkeit gegenüber Menschen mit geringem Einkommen, die nicht unter die Sozialhilfe fallen. Beispielhaft nennt er die finanzielle Belastung für den Paketboten, der jeden Tag auf eine neue Maske angewiesen sei und solche Personengruppen, die für den Weg zur Arbeit den öffentlichen Nahverkehr benutzen müssen. Vor dem Hintergrund stelle sich die Frage: Was wäre im Rahmen der Pandemie eine sachgerechte Vorgehensweise, um einen maximalen Schutz zu erzeugen? Er sehe bei diesen Dimensionen den Staat in der Pflicht. Dabei verweist er auf das Konnexitätsprinzip, wonach derjenige bezahlen müsse, wer anschafft.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) merkt an, so sehr der Antrag eine vernünftige Grundlage habe, stelle sich auch für ihn die Frage: Wo fange ich an und wo höre ich auf? Welchen Maßstab müsse man anlegen, allen Personengruppen einen vollumfänglichen Schutz zu bieten? Er betont, wenn der Staat etwas vorgebe, sei auch der Staat in der Pflicht. Die Kommunen hätten in der Zeit der Pandemie eine ganze Menge an zusätzlichen Ausgaben geschultert und wahnsinnig viele Vorkehrungen getroffen.

Kreisrat Bernd Obst (CSU) berichtet, dass ein Bürger gerne 1.000 Masken stiften/spenden wolle. Fraglich sei, wie diese Masken an Menschen mit geringem Einkommen in Cadolzburg verteilt werden können, die keinen Anspruch auf Grundsicherung oder Hartz 4 haben, wie von Kreisrat Schikora angesprochen.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die vom Freistaat Bayern gestellten fünf FFP2-Masken an bedürftige Personen anonym in einem Kuvert per Post verschickt werden. Aktuell laufen die Vorbereitungen hierfür.

Kreisrat Christian Löbel teilt die Worte von Kreisrat Schikora. Natürlich seien nicht nur Sozialhilfeempfänger bedürftige Personen. Warum sich seine Fraktion auf diese Zielgruppe fokussiert habe, liege im organisatorischen Pragmatismus. Es sei die gleiche Zielgruppe, an die auch die Masken des Freistaats Bayern adressiert seien. Man gehe davon aus, dass hierfür eine entsprechende Logistik vom Landkreis vorgehalten werden müsse.

Er appelliert an das Gremium, in einer Notsituation wie die Pandemie freiwillige Leistungen zu gewähren. In dieser Phase brauche man praktische Solidarität. Er wiederholt nachdrücklich, wenn man es schaffe, dass möglichst viele Menschen Masken tragen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, leiste man einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung der aktuellen Si-

tuation und zur Teilhabe von Menschen. Gerade für Empfänger von Grundsicherung und Hartz 4 seien die Auflagen hinsichtlich der Masken schwer einzuhalten.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) merkt an, wenn der Freistaat Bayern keine FFP2-Masken an Bedürftige verteilen würde, wäre auch er dafür, dass der Landkreis einspringt. Er weist darauf hin, dass es innerhalb der Bevölkerung eine Solidarität gebe und man nicht alles verstaatlichen sollte. Man müsse die Augen offenhalten. Sollten sich Bürgerinnen und Bürger die Masken nicht leisten können, gebe es sicherlich eine andere Möglichkeit zu helfen.

Der **Vorsitzende** schließt die Rednerliste.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktionsgemeinschaft Die Linke / ÖDP vom 14.01.21 auf Berücksichtigung von Mitteln für die kostenlose Abgabe von FFP2 Masken an Sozialleistungsbeziehende im Haushalt 2021 wird abgelehnt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 11 Nein 2

TOP 3.2.7 Anträge AfD; Anträge zum Haushalt und Stellenplan vom 18.01.2021

Der **Vorsitzende** informiert das Gremium, dass die **AfD-Kreistagsfraktion** am 17.01.2021 23:58 Uhr zwei Anträge zum Haushalt gestellt habe. Aufgrund des kurzfristigen Eingangs sei es der Verwaltung nicht möglich gewesen, sich voll inhaltlich mit den Anträgen zu befassen.

Mit dem Antrag **Unterstützung für Corona-Maßnahmen-Betroffene** beantragt die Fraktion, Überschüsse des Haushalts zur Abwendung von Schließungen mittelständischer Familienbetriebe und Kultureinrichtungen in Folge der Corona-Beschränkungen einzusetzen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass es keine freien Mittel gebe. Der Überschuss im Ergebnishaushalt betrage gerade einmal 5.000 Euro. Die Zielsetzung sei mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht abbildbar. Außerdem habe das Landratsamt nicht die Befugnisse zur Einkommensüberprüfung von Firmen. Die Bundes- und Landesmittel seien rechtskonform und mit den finanziellen Einschränkungen aus den Covid-Folgen hinreichend abgestimmt. Eine Doppelförderung scheide aus. Darüber hinaus wäre es eine freiwillige Leistung.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) begründet den Antrag. Die AfD-Fraktion habe in der aktuellen Situation der Corona-Maßnahmen und auch schon vor den Corona Maßnahmen einen Rückgang der wirtschaftlichen Umlagekraft im Landkreis feststellen müssen. „Wenn das Auto stottert, müsse man schauen, dass der Motor wieder läuft“ - Dies sei die Wirtschaft. Mit Blick auf die mittelständischen Betriebe im Landkreis Fürth würden Maßnahmen, die die absehbaren wirtschaftlichen Auswirkungen mildern sollen, teilweise nicht reichen, erst verzögert greifen oder zu spät kommen. Wenn es freie Gelder gebe, sollten diese dafür eingesetzt werden, Insolvenzen abzuwenden.

Außerdem beantragt die **AfD-Fraktion**, die **Stelle für Wirtschaftsförderung aufzustocken**, um eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung in den Gemeinden zu fördern und aktuell dem Rückgang der Umlagekraft Zirndorfs und Steins und den Folgen der Corona-Maßnahmen entgegenzuwirken. Bei der Ausführung der Geschäftsaufgaben sei auf örtliche Belange besonders Rücksicht zu nehmen. Wenn nicht anders möglich, würden hierzu die im Stellenplan vorgesehene Stelle des Integrationslotsen und die Stelle für FairTrade eingespart.

Kreisrat Marco Kistner (CSU), erklärt, um dies umzusetzen, müsste das Landratsamt eine Verwaltungsstruktur aufbauen und Recherche betreiben, um am Ende eine Vesperbox mit einer

Brezen auszuteilen. Aufwand und Nutzen stünden in keinem Verhältnis. Darüber hinaus verweist er auf den Beschluss, keine freiwilligen Leistungen zu gewähren.

Zum zweiten Punkt empfiehlt er einen Blick in die Haushalte der letzten Jahre. Der Landkreis habe sich häufig anders entwickelt als die anderen Landkreise im Bezirk Mittelfranken. Man müsse kein Prophet sein, um zu sagen, dass in den nächsten Haushalten mehr Kommunen entsprechend Rückgänge der Umlagekraft haben werden. Dies sei die Gesamtsituation und kein Thema, wo die Kommunen einen Betreuer des Landkreises an der Seite brauchen.

Kreisrat Friedrich Biegel (FW) merkt an, dass die jetzt vorliegenden Zahlen der Umlagekraftentwicklung nicht aus der Corona-Krise stammen, sondern aus 2019. Das eine habe mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Er ist der Meinung, dass sich das Gremium nicht einmischen sollte. Der Staat tue das Nötige. Uns werde kein Unternehmen sagen, ob es in Finanznöte sei oder nicht. Der Landkreis habe nicht die Befugnisse zur Einkommensüberprüfung.

Zum zweiten Antrag der Stellenstreichung gibt er zu bedenken, dass es zur Stelle des Integrationslotsen und zur Stelle für FairTrade Beschlüsse des Kreistages gebe. Er ist der Meinung, das Gremium sollte die beiden Anträge ablehnen, auch da die Angelegenheiten in der Fraktion nicht beraten werden konnten.

Der **Vorsitzende** bestätigt, man könne die im Stellenplan vorgesehene Stelle des Integrationslotsen und die Stelle für FairTrade nicht einsparen, da der Landkreis Fördermittel- und Vertragsbindungen habe.

Zur beantragten Aufstockung der Wirtschaftsförderung führt der Vorsitzende aus, man betrachte die Aufstellung der Wirtschaftsförderung mit dem Regionalmanagement und der Förderung des Freistaats als adäquat und ausreichend. Um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie insgesamt abzumildern, werde man weiterhin zusammen mit den Wirtschaftsförderern der Landkreiskommunen gezielt auf die Belange vor Ort eingehen und sich ganz eng zu künftigen Schwerpunkten der Wirtschaftsförderung auf Gemeinde- und Landkreisebene austauschen. Er verweist auf das Portal LandkreisMacher, um gerade in Zeiten der Pandemie die wirtschaftliche Vielfalt des Landkreises sichtbar zu machen und auf die Stärkung der Wirtschaft vor Ort hinzuwirken. Die Wirtschaftsförderung sei mit allem ausgestattet, um das auch umsetzen zu können. Insofern erachte die Verwaltung ein Aufstocken der vorhandenen Stelle als nicht notwendig.

Kreisrat Bischoff (SPD) hinterfragt die Gründe für die Entwicklung der Umlagekraft. Der Landkreis sei ein wirtschaftlich sehr leistungsfähiger Landkreis und die Einkommen seien im bayernweiten Vergleich durchschnittlich relativ hoch. Wenn der wirtschaftliche Motor stottert, stelle sich für ihn die Frage, ob es der individuellen Problematik einer größeren Firma, einem branchenspezifischen oder einem konjunkturellen Problem, wie in der Corona-Krise, geschuldet sei oder ob es ein wirtschaftspolitisches Strukturproblem darstelle. Darauf geben die Anträge der AfD keine Antwort. Er halte beide Anträge ebenso plakativ wie substanzlos und seien daher abzulehnen.

Zur Interpretation der Zahlen führt der **Vorsitzende** aus, dass der Landkreis keine Kenntnis darüber habe, auf welche Unternehmen die Einnahmeausfälle zurückzuführen wären. Informationen zur Gewerbesteuer habe nur die jeweilige Kommune. Wenn man die Zahlen betrachtet, seien diese letztendlich vermutlich ein Stück Korrektoreffekt des starken Anstiegs bei den Gewerbesteuereinnahmen des Vorjahres. Abschließend merkt er an, dass der Anstieg der Umlagekraft im Landkreis im Vorjahr der höchste Wert in Mittelfranken gewesen sei. Man dürfe nicht ein Jahr, sondern die Entwicklung im Gesamten betrachten.

Nach Kreisrat Obst und Kreisrat Pleyer schließt der Vorsitzende die Rednerliste.

Kreisrat Bernd Obst (CSU) bedankt sich für die Ausführungen von Kreisrat Bischoff. Die Wirtschaft in den 14 Kommunen des Landkreises sei mit Groß- und Kleinstunternehmen sehr differenziert aufgestellt. Er sehe keinen Bedarf, etwas aufzustocken. Besser sei aus seiner Sicht der gute Kontakt der Kommunen mit dem Landratsamt, des Landrats mit den Firmen und den Bür-

germeister/in vor Ort, um Themen aufzunehmen und reagieren zu können. Er bittet in der bisherigen Systematik weiterzuarbeiten. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung sei man im Landkreis Fürth auf einem sehr guten Weg.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer erklärt ihm sei klar, dass dieser bestehende Haushaltsüberschuss zu wenig sei, um Insolvenzen abzuwenden. Deshalb sei im Antrag ausgeführt worden, dass dazu möglicherweise noch weitere anfallende Überschüsse verwendet werden. Es komme immer wieder vor, dass geplante Investitionen nicht realisiert werden können und dadurch Mittel freiwerden.

Zur Aufstockung der Stelle der Wirtschaftsförderung verweist er auf die bereits bestehende Struktur. Ziel sei, diese zu stärken, damit Kommunen keine eigenen Wirtschaftsförderer einstellen müssen, wie beispielsweise Zirndorf. Statt diese Konkurrenz untereinander weiter zu verschärfen, halte er den Blick des Landkreises auf die Gesamtwirtschaft für effektiver. Die Corona-Krise werde uns noch lange beschäftigen. Deswegen sei es für ihn keine Schaufensteraktion, sondern ein Weg, um den Rückgang der Umlagekraft abzumildern und eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Gemeinden zu gewährleisten.

Der **Vorsitzende** erwidert, dass die Feststellung der Überschüsse mit der Jahresrechnung erfolge. Somit verfüge der Landkreis nicht über den finanziellen Spielraum, Insolvenzen abzufangen. Darüber hinaus sei auch dies eine freiwillige Leistung. Es sei nicht Aufgabe des Landkreises Wirtschaftsfördermittel zur Verfügung zu stellen. Dies wäre auch nicht leistbar.

Zum zweiten Punkt erklärt der Vorsitzende, dass der Landkreis die Stabilisierung der Wirtschaft mit seinen Wirtschaftsförderern vor Ort und den beiden Allianzen voll im Blick habe, damit in der Pandemiezeit geeignete Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Wirtschaft eingeleitet und umgesetzt werden. Man glaube, dass man die Anforderungen mit der vorhandenen Personalausstattung gut bewältigen könne.

Abstimmung über Antrag 1: Unterstützung für Corona-Maßnahmen-Betroffene

Mehrheitlich abgelehnt Ja 1 Nein 12

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

Der planerische Haushaltsüberschuss und während des Haushaltsjahres anfallende Überschüsse aus nicht benötigten Mitteln werden zur Abwendung von Schließungen traditioneller mittelständischer Familienbetriebe und Kultureinrichtungen im Zuge finanzieller Einbußen in Folge der Corona-Beschränkungen eingesetzt. Der planerische Haushaltsüberschuss wird daher auf Null gesetzt.

Abstimmung über Antrag 2: Aufstockung der Wirtschaftsförderung für eine ausgewogene Entwicklung des Landkreises

Mehrheitlich abgelehnt Ja 1 Nein 12

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

Die Stelle für Wirtschaftsförderung wird aufgestockt, um eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung in den Gemeinden zu fördern und aktuell dem Rückgang der Umlagekraft Zirndorfs und Steins und den Folgen der Corona-Maßnahmen entgegenzuwirken. Bei der Ausführung der Geschäftsaufgaben ist auf örtliche Belange besonders Rücksicht zu nehmen. Wenn nicht

anders möglich, werden hierzu die im Stellenplan vorgesehene 0,75 E11-Stelle des Integrationslotsen und die 0,5 E11-Stelle für FairTrade eingespart.

TOP 3.3 Stellenplan 2021

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) bittet um nähere Erläuterungen zur Stellenneuschaffung im **Allgemeiner Sozialdienst (36390010) im Bereich „Jugendhilfe im Strafverfahren“**. Nachdem zusätzliche Kapazitäten gefordert werden, möchte er möchte, wie hoch die Fallzahlen sind, wie sich diese entwickelt haben und wie hoch der Arbeitsanfall für ein solches Gutachten ist. Vorbehaltlich dieser Erklärungen bis zum Kreistag stimme die SPD Fraktion dem Stellenplan zu.

Karsten Schels (Personalverwaltung) führt aus, durch die neue Richtlinie, die im EU-Parlament verabschiedet wurde, entstehe deutlicher Mehraufwand insbesondere durch die Bearbeitung von Polizeimeldungen, Einstellung der Staatsanwaltschaft sowie Beratung und Begleitung der Jugendlichen und jungen Volljährigen und deren Eltern im gesamten Strafverfahren sowie Informationen über Hilfsmöglichkeiten. Hierzu gehören auch die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen, die Haftbegleitung, Begleitung von Weisungen und Auflagen, Teilnahme an verschiedenen Arbeitskreisen, Kooperationstreffen mit Richtern, Polizei und Bewährungshelfern. Die konkreten Fallzahlen könne man heute nicht beziffern.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass die Verwaltung die Informationen bis zur Sitzung des Kreistags nachliefern werde.

10:32 Uhr Kreisrat Biegel verlässt die Sitzung

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt dem Stellenplan in der vorliegenden Form zu.
2. Zusätzlich werden nachfolgend aufgeführte Stellen neu ausgewiesen und mit den erforderlichen Mitteln in den Haushalt 2021 eingestellt:
 - a) Produktkonto Nr.: 1112 3100
1,0 E 10 TVöD Organisation, Projektsteuerung,
Digitalisierung, Innovationsring 61.104 €
 - b) Produktkonto Nr.: 1115 1000
0,65 E 5 TVöD Poststelle 20.693 €
 - c) Produktkonto Nr.: 1117 3000
0,71 E 10 TVöD Gebäudewirtschaft 27.608 €
 - d) Produktkonto Nr.: 3639 0010
0,77 S 12 SuE Allgemeiner Sozialdienst 48.993 €
 - e) Produktkonto Nr. 1224 1000
0,5 E 8 TVöD Straßenverkehrsbehörde 15.447 €
 - f) Produktkonto Nr. 1224 3000
0,21 E 6 TVöD Zulassungsstelle 11.806 €
 - g) Produktkonto Nr. 4141 6000
0,27 E 11 TVöD GesundheitsregionPlus 17.435 €

- | | | |
|----|--|----------|
| h) | Produktkonto Nr. 5211 0000
1,0 E 11 TVöD Bauleitplanung, Bauordnung,
Denkmalschutz | 41.018 € |
| i) | Produktkonto Nr. 5211 0000
1,0 E 8 TVöD Bauleitplanung, Bauordnung,
Denkmalschutz | 30.894 € |
| j) | Produktkonto Nr. 5123 0000
0,5 E 11 TVöD Fairtrade | 26.261 € |

3. Die 2,0 Stellen für Architektinnen und Architekten, welche mit Beschluss des Sonderausschusses vom 29.06.2020 befristet bis 31.12.2024 geschaffen wurden, werden im Stellenplan 2021 entfristet.

Mehrheitlich beschlossen Ja 11 Nein 1

TOP 3.4 Beschlussempfehlung über den Landkreishaushalt 2021

Beschluss:

Mit den unter TOP 3.1 bis 3.3 gefassten Beschlüssen empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag die Verabschiedung des Kreishaushalts 2021.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Landrat Matthias Dießl schließt um 10:35 Uhr die 3. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses.

Zirndorf, den 12.02.2021

Matthias Dießl
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in